

Anfrage von Urs Kaltenrieder (SP, Regensdorf)
betreffend einer allfälligen ökosozialen Umnutzung
des Altbaus der Strafanstalt in Regensdorf

Gemäss bisheriger Planung von Regierung und Verwaltung soll der Altbau der Strafanstalt Regensdorf abgebrochen werden. In der Bevölkerung der Gemeinde Regensdorf hat nun eine öffentliche Diskussion über eine mögliche Umnutzung dieses geschichtsträchtigen Gebäudekomplexes eingesetzt. Diese Diskussion ist deshalb interessant und sinnvoll, weil der Gedanke der Wiederverwendung von alten Gebäuden (Architektur-Recycling) bereits vielerorts konkrete Gestalt angenommen hat und in die Praxis umgesetzt wurde. So entstand z. B. in Frauenfeld im ehemaligen Eisenwerk ein entsprechend interessantes Projekt. In dieser alten Fabrik wurden sehr schöne, geräumige und günstige Eigentumswohnungen gebaut. Nebst einer modern gestalteten Genossenschafts-Beiz wurden eine Mehrzweckhalle, eine Galerie, mehrere Ateliers für das Kunst- und Kleingewerbe eingerichtet. Diese sozialverträgliche und umweltschonende Umnutzung eines ausgedienten Fabrikgebäudes hat weit über die Kantonsgrenzen Beachtung gefunden. Die Idee des Architektur-Recycling liesse sich m. E. auch auf die Strafanstalt Regensdorf übertragen und studieren, zumal mit dem Abbruch des Altbaus nicht nur ein historisch schutzwürdiger Gebäudekomplex aus dem Ortsbild von Regensdorf verschwindet, sondern auch deshalb, weil nebst hohen Abbruch- und Transportkosten auch riesige Mengen von Bauschutt anfallen.

Zur sachlichen Information der Bevölkerung von Regensdorf ersuche ich den Regierungsrat um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Kann sich der Regierungsrat ein Architektur-Recyclingprojekt für den gesamten, bzw. für einen Teil der alten Strafanstalt Regensdorf vorstellen?
2. Würde sich eine Umnutzung des alten Gebäudekomplexes mit dem Betrieb der neuen Strafanstalt vereinbaren lassen?
3. Ist die Regierung gegebenenfalls bereit, eine Studie für eine sozialverträgliche Umnutzung und sanfte Renovation der alten Strafanstalt in Auftrag zu geben?
4. Könnte sich der Regierungsrat auch vorstellen, den Altbau der Strafanstalt einer öffentlich-rechtlichen Trägerschaft bzw. einer gemeinnützigen Institution oder einer Genossenschaft mit entsprechenden Auflagen zur Umnutzung zu überlassen?

Urs Kaltenrieder